

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 26.05.2010 folgende Anregung an den Rat einstimmig beschlossen:

„Vorschlag des Integrationsrates zu einer Resolution gegen die Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo und zur Veränderung des Bleiberechts

Aus aktuellem Anlass

Am 14. April 2010 haben Deutschland und der Kosovo ein Rücknahme-Abkommen für ausreisepflichtige Personen unterzeichnet. Das Land NRW hat bereits im Herbst des letzten Jahres verstärkt mit Abschiebungen von Menschen aus dem Kosovo begonnen. Mit der Unterzeichnung des Rücknahme-Abkommens im April hat sich die Gefahr für die Minderheiten aus dem Kosovo, aus Deutschland abgeschoben zu werden, erheblich verschärft. Betroffen sind rund 14000 aus dem Kosovo stammende Menschen. Etwa 10000 von ihnen sind Roma, Ashkali und Ägypter. Das Bundesministerium des Inneren hat angekündigt, künftig etwa 2500 Personen jährlich in den Kosovo abzuschieben.

Auch die Angehörigen der Roma und anderer Minderheiten, die seit vielen Jahren in Münster ein neues Zuhause gefunden haben, sind verstärkt bedroht. In Münster gelten zurzeit ca. 260 von ihnen als ausreisepflichtig – sie können jederzeit gegen ihren Willen abgeschoben werden. Vermutlich wird niemand von ihnen Münster freiwillig verlassen.

Der Rat der Stadt Münster hat sich bereits mehrfach für die Menschenrechte von Flüchtlingen eingesetzt und Resolutionen gegen Abschiebung und für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen verabschiedet (zuletzt in der Sitzung vom 30.9.2009). Aus Anlass der Unterzeichnung des Rücknahme-Abkommens bittet der Integrationsrat den Rat, die folgende Resolution zu beschließen. Darin wird insbesondere die neue Landesregierung in NRW aufgefordert, sich gegen die drohende Abschiebung der Roma und für veränderte Bleiberechtsregelungen einzusetzen.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat legt dem Rat folgende Resolution vor und regt an, sie sofort zu beraten und zu beschließen.

1. Der Rat der Stadt Münster fordert die neue Landesregierung in NRW auf, die eigenen Handlungsmöglichkeiten wahrzunehmen (§ 60 a Aufenthaltsgesetz) und die Abschiebung für die Minderheiten aus dem Kosovo ab sofort für die Dauer von sechs Monaten auszusetzen.
2. Der Rat appelliert darüber hinaus an die Landesregierung, sich aktiv auf Bundesebene für ein Bleiberecht der in Deutschland lebenden Minderheiten aus dem Kosovo einzusetzen.

3. Ferner empfiehlt/ermutigt der Rat der/die Verwaltung und insbesondere dem/das Amt für Ausländerangelegenheiten der Stadt Münster wie bisher zu verfahren und alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu unternehmen, um Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo zu verhindern.
4. Schließlich empfiehlt der Rat der Stadt Münster den städtischen Vertretern/innen in den zuständigen Gremien auf Landes- und Bundesebene (Deutscher Städtetag, landesweite Fachverbände und Institutionen) sowie den Landtags- und Bundestagsabgeordneten mit Nachdruck, sich für die Aussetzung der Abschiebung der Minderheiten aus dem Kosovo und für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen. Das Auswärtige Amt wird aufgefordert im Rahmen seiner Zuständigkeiten/Möglichkeiten, regelmäßig über die Situation der bereits abgeschobenen und der freiwillig zurück gekehrten Menschen im Kosovo zu berichten

#### Begründung:

1. In Münster droht ca. 260 Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, die zwangsweise Abschiebung in den Kosovo. Hiervon sind ca. 150 Kinder und Jugendlichen in Münster geboren und aufgewachsen. Sie haben hiesige Kitas und Schulen besucht. Das Heimatland ihrer Eltern kennen sie im Regelfall nur aus den Nachrichten und den Geschichten der älteren Generation. Viele von ihnen sprechen nur Deutsch und Romanes, aber weder Albanisch noch Serbisch. Die älteren Flüchtlinge haben schreckliche Erinnerungen an ihre Flucht vor nationalistisch gesinnten Gewalttätern. Viele sind traumatisiert, sie haben Angst, in den Kosovo zurückzukehren. Münster ist für sie ein neues Zuhause, das Schutz bietet.
2. Die abgeschobenen Menschen erwartet im Kosovo Arbeitslosigkeit, ein Mangel an Ausbildungsplätzen, eine fehlende Gesundheitsversorgung und vielfach Wohnungslosigkeit. Die Lebenssituation der Menschen, die zukünftig abgeschoben werden sollen, würde sich im Vergleich zu ihrer jetzigen Lage in Münster sehr verschlechtern. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen trübe die Perspektivlosigkeit am härtesten. Die 35000 bis 40000 bereits jetzt im Kosovo lebenden Roma, Ashkali und Ägypter sind überdurchschnittlich arbeitslos; etwa ein Viertel von ihnen lebt nicht in Häusern, sondern in notdürftig errichteten Camps isoliert und abseits der Zentren.
3. Der Kosovo ist seit Februar 2008 ein selbstständiger Staat. Das Land ist politisch nicht stabil, Korruption ist ein allgegenwärtiges Problem, es gehört zu den ärmsten Ländern Europas. Die Flüchtlingspolitik Deutschlands wirkt zum jetzigen Zeitpunkt eher destabilisierend, weil die zusätzliche Integration von Flüchtlingen für den Kosovo eine wirtschaftliche und politische Überforderung bedeutet. Zahlreiche zivilgesellschaftlich engagierte Organisationen hier und vor Ort (Kirchen, Caritas, Diakonie, amnesty international, GGUA, lokale Initiativen etc.) und einzelne Verantwortliche (wie z. B. der Menschenrechtskommissar Hammarberg), die sich derzeit im Kosovo für den Aufbau und für mehr Demokratie einsetzen, warnen: Wenn Tausende zusätzliche Flüchtlinge mit den zurzeit 2,6 Mio. Einwohnern des Landes um die bereits knappen Wohnungen und Arbeitsplätze streiten, sind erneute Übergriffe auf Minderheiten wie die Roma nicht auszuschließen. Auch wenn die abgeschobenen Roma aus dem Kosovo nach Serbien oder Mazedonien weiter wandern, erwartet sie dort eine ähnlich perspektivlose Lage.

4. Roma sind während des Nationalsozialismus vertrieben, gedemütigt und ermordet worden. Bis heute sind Roma in vielen Ländern nicht gern gesehen und Diskriminierungen und Vorurteilen ausgesetzt. So hat auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Minderheiten im Kosovo erneut an den Rand gedrängt. Auch Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Auch hier bestehen bei Teilen der Bevölkerung noch massive Vorurteile gegen Roma. Es sollte hingegen zur Normalität werden, dass unter uns auch Roma leben im Sinne der Gleichstellung (Migrationsleitbild) aller in Münster lebenden Menschen. Eine Abschiebung erinnert hingegen an Diskriminierung und Vertreibung.

Diese Resolution richtet sich gegen eine zwangsweise Abschiebung der Minderheiten in den Kosovo. Die freiwillige Rückkehr bleibt davon unberührt.

Der Integrationsrat vertraut darauf, dass die Resolution erneut eine große Mehrheit im Rat der Stadt Münster findet. Denn wir in Münster wissen durch unsere zahlreichen Aktivitäten und Dokumentationen vor Ort (Rat, Verwaltung, Ausländerbeirat, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Verbände) ganz genau, was es bedeutet, Menschen dorthin abzuschicken.“